

Bauernbund Brandenburg

Liebe Berufskollegen,

die Verhandlungen über die Gemeinsame EU-Agrarpolitik 2013-20 treten diesen Sommer in eine entscheidende Phase. Da ist es zumindest nicht verkehrt, wenn auf Landesebene erstmals über die agrarpolitischen Weichenstellungen der Nachwendezeit diskutiert wird. Einem Antrag von CDU, FDP und Bündnisgrünen ist zu verdanken, dass die Enquete-Kommission Nachwendezeit auch die Umbrüche in der Landwirtschaft untersucht und damit die massive Begünstigung der Großstrukturen durch die Politik beleuchtet wird. SPD und Linke hatten vergeblich versucht, die Diskussion darüber zu verhindern. Dass die historische Aufarbeitung in Potsdam die aktuellen Verhandlungen im fernen Brüssel nachhaltig beeinflussen wird, halte ich zwar für unwahrscheinlich. Andererseits ist die Wahrheitsfindung über die angeblich "gewachsenen Strukturen" in Ostdeutschland auch für sich genommen ein nicht zu unterschätzender Wert.

*Ich wünsche uns allen eine gute Ernte, entspannter am besten als im vergangenen Jahr
Karsten Jennerjahn, Präsident*

Bauernbund zur Nachwendezeit: Brandenburgs Agrarpolitik hat LPG-Nachfolger gefördert und Bauern ausgebremst Pressemitteilung vom 24. Mai 2012

"Bäuerliche Familienbetriebe waren in der Nachwendezeit in Brandenburg nicht gleichberechtigt mit den LPG-Nachfolgern. Im Gegenteil hatten sie eine Vielzahl von praktischen Nachteilen und politisch motivierten Wettbewerbsverzerrungen zu erdulden, mit denen ihnen der Neubeginn erschwert wurde" – das ist die Kernaussage einer Stellungnahme, die der Bauernbund Brandenburg gegenüber der Enquete-Kommission Nachwendezeit abgegeben hat. Die Kommission wird sich am 25. Mai erstmals mit dem Thema Landwirtschaft befassen.

"Durch Umwandlung in eine Genossenschaft nach bundesdeutschem Recht gelangten die LPG-Nachfolger in den Besitz von erheblichen Vermögenswerten", stellte Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung fest und kritisierte: "Nach einer Studie der Universität Jena waren 83 Prozent dieser Umwandlungen fehlerhaft, das heißt den Wiedereinrichtern bäuerlicher Familienbetriebe wurden ihre Anteile am LPG-Vermögen, an dessen Aufbau sie dreißig Jahre zwangsweise beteiligt waren, weitgehend vorenthalten."

Während Wiedereinrichter für den Aufbau der eigenen Landwirtschaft Kredite aufnehmen und zurückzahlen mussten, wurden die auf den modernen Anlagen der Genossenschaften lastenden Schulden erst gestundet und 2004 gegen eine geringe Ablösesumme ganz erlassen, so Jung weiter: "In Brandenburg erhielten LPG-Nachfolger auf diese Weise eine Sondersubvention von durchschnittlich 1,77 Millionen Euro pro Betrieb."

Auch bei der Zuteilung der etwa 300.000 Hektar Treuhandflächen kamen in Brandenburg bevorzugt LPG-Nachfolger zum Zuge. Obwohl sie nur 12 Prozent der Betriebe ausmachten, konnten sie mehr als 66 Prozent der öffentlichen Flächen pachten, verbunden mit vergünstigten Direktkaufoptionen, hat Jung herausgefunden: "Die große Masse der bäuerlichen Familienbetriebe dagegen erhielt nie eine Chance auf diese Flächen."

All dies zusammen habe zu einem Ausbluten der ländlichen Räume geführt, schließt die Stellungnahme des Bauernbundes: "In den agrarpolitischen Weichenstellungen der Nachwendezeit ist die heutige Schwäche von Brandenburgs Landwirtschaft angelegt: Zu wenig selbständige Landwirte,

zu wenig Privatinitiative, zu wenig Wertschöpfung, dafür viele trotz aller Sondersubventionen noch immer unterstützungsbedürftige Großbetriebe und damit ideale Anlageobjekte für außerlandwirtschaftliche Investoren."

Die Enquete-Kommission könne die Fehlentwicklungen nicht mehr korrigieren, allerdings erwarte der Verband von ihr Empfehlungen für eine andere Agrarpolitik. So sollen nach Vorstellung des Bauernbundes zum Beispiel nur noch ortsansässige Landwirte bis zu einer bestimmten Größe Agrarsubventionen erhalten und Treuhandflächen kaufen können.

Vor der ersten Befassung der Enquete-Kommission mit dem Thema lud Brandenburgs Stasi-Beauftragte Ulrike Poppe für den 18. April nach Jüterbog ein zu einer Diskussionsveranstaltung "Vom Wir zum Ich – Landwirtschaft in Brandenburg 1989-1995". Die Inhalte der gut besuchten Veranstaltung hat der nachfolgende Beitrag in der Lokalpresse eindringlich zusammengefasst.

Der Streit um die Scholle schwelt weiter – in der DDR wurde die Landwirtschaft zwangskollektiviert, doch die gerechte Rückübertragung nach der Wiedervereinigung misslang

Beitrag von der Märkischen Allgemeinen Zeitung Jüterbog vom 20.04.2012



Im Podium: Ex-Agrarstaatssekretär Günther Wegge, Karsten Jennerjahn (Bauernbund), Moderator Jens Schöne, Udo Folgart (Bauernverband) und Historiker Arnd Bauerkämper / Text und Foto: Alexander Engels

Jüterbog. Die Wunden sind nicht verheilt. Die Wut brodeln. Der Glaube an den Rechtsstaat ist gestört. Solch heftige Emotionen kann Landwirtschaft auslösen. Das zeigte eine Diskussionsrunde am Mittwochabend im Jüterboger Kulturquartier. Die Stasi-Unterlagen-Beauftragten von Brandenburg und Berlin hatten sie unter dem Titel „Vom Wir zum Ich – Landwirtschaft in Brandenburg 1989 bis 1995“ organisiert. Wer dachte, das Thema wäre längst abgehakt, täuschte sich. Es war ein Geschichtsabend mit Brisanz vor etwa 100 Zuhörern.

Er zeigte auch, wie unterschiedlich – oft auch völlig gegensätzlich – Forschung und Politik sowie Zeitzeugen untereinander die Wiedervereinigung und die Umbrüche in den Dörfern durch das Ende der kollektivierten Landwirtschaft beschreiben. Im Podium saßen der Historiker Arnd Bauerkämper, der brandenburgische Ex-Agrarstaatssekretär Günther Wegge, Landesbauernverbandschef Udo Folgart und Bauernbund-Präsident Karsten Jennerjahn.

Wer in Ostdeutschland Äcker bestellte oder Ställe betrieb, musste viele Umbrüche durchmachen. In einem groben Überblick erinnerte Bauerkämper an die Phasen der Zusammenlegung kleinbäuerlicher Betriebe zu großen Strukturen in der DDR von der Bodenreform über den sozialistischen Frühling bis hin zur Spezialisierung auf Tier- und Pflanzenproduktion. Die Wende brachte die Möglichkeit, dass sich Bauern oder ihre Nachkommen mit ihren Anteilen wieder aus den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) herauslösen konnten – theoretisch einfach, praktisch aber selten erfolgreich. Diese Eigentumsverwicklungen verbunden mit Demütigungen sind bis heute die Ursache für Wut und Streit.

Die Bundesrepublik propagierte damals zwar den bäuerlichen Familienbetrieb, förderte im Osten aber – zum Ärger der sogenannten Wiedereinrichter – die großen LPG-Nachfolger. Konflikte waren programmiert. Es ging um Geld, Flächen, Technik und Macht. Die Neugründer wollten ihren Anteil, die Großbetriebe wollten so wenig wie möglich hergeben. Die Treuhand sollte vermitteln.

Wegge: „Wenn ein Einzelbetrieb Land pachten wollte, dann hat er es bekommen.“ Dafür erntete er jede Menge Unmutsbekundungen. Auch Bauerkämper konnte mit seiner Argumentation das Publikum nicht immer überzeugen. Aus seiner Sicht fehlten vielen Landwirten damals Geld, Technik, umfassendes Fachwissen oder ausreichend große Flächen für eine Ausgründung aus der LPG. Nach Ansicht von Historikern und Betroffenen im Saal wurden die Bauern mit Wunsch zur Eigenständigkeit indes systematisch benachteiligt. Flächen und Technik seien ihnen verweigert worden, die Großbetriebe hätten sich bankrott gerechnet, um nichts auszahlen zu müssen, und die staatliche Förderung sei in die alten Strukturen geflossen.

Für die unterschiedlichen Sichtweisen standen auch die beiden Verbandsvertreter. Folgart führte damals eine LPG in die Privatwirtschaft („Es wollte bei uns niemand aussteigen.“) und sieht in Großbetrieben „oftmals die wichtigsten Arbeitgeber in den Dörfern“. Jennerjahn verließ seine LPG und musste sich mangels staatlicher Hilfe Tipps bei einem Onkel im Westen holen. „Die Politik betrieb keinen Strukturwandel, sondern hat die Strukturen der DDR erhalten“, sagte er. (MAZ)

Bemerkenswert an der Veranstaltung waren vor allem die recht offenerherzigen Aussagen von Günther Wegge (1990-1996 Staatssekretär im Brandenburgischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Als Sozialdemokrat war er nicht für die schnelle Wiedervereinigung, favorisierte stattdessen das Lafontainesche Modell einer langsamen Annäherung beider Staaten. Als Agrarökonom war er fasziniert von den großen Strukturen, beurteilte sie als zukunftsfähig und wollte daher eine Privatisierung verhindern. Die Begeisterung für Großstrukturen lag seiner Ansicht nach im Trend der Zeit. Obwohl die politische Rhetorik öffentlich Chancengleichheit oder sogar die Förderung von bäuerlichen Familienbetrieben propagierte, sei der politische Wille und die Umsetzung in der Verwaltung auf den Erhalt der LPGen ausgerichtet gewesen. Diesen Trend hätte der damalige Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle nicht erkannt, der eine Aufteilung der LPGen in bäuerliche Familienbetriebe anstrebte. Wegge hielt Kiechle damals entgegen, ob er denn verantwortlich dafür sein wolle, dass hunderttausende auf den LPGen Beschäftigte arbeitslos würden. Bei der Vergabe der BVVG-Flächen hätte nach Wegges Einschätzung jeder Antragsteller eine faire Chance gehabt. Auf Gelächter im Saal reagierte er mit der Einschränkung, nicht jeder sei vom Charakter her geeignet gewesen, einen Betrieb zu führen, deshalb habe es auch Ablehnungen gegeben. Auf Nachfrage vom Moderator, wie diese Eignung beurteilt wurde, wich er aus, dazu möchte er sich nicht äußern, da es um sehr persönliche Einzelfälle gehe. Er habe genug weinende Bauern gesehen, die einfach mit einem eigenen Hof überfordert gewesen wären.

Die Energiewende-Verhinderungsstrategie Kommentar zur Energiestrategie der Landesregierung von Geschäftsführer Reinhard Jung in den Potsdamer Neusten Nachrichten vom 16. März 2012

Die von den Herren Platzeck und Christoffers vorgelegte Energiestrategie beruht auf vorsätzlicher Täuschung, und zwar in doppelter Hinsicht: Zum einen täuscht sie vor, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu wollen, und lässt diese zugleich praktisch ins Leere laufen. Zum anderen täuscht sie eine Offenheit der Entwicklung vor und schafft mit Weiterführung der Braunkohleverfahren zugleich vollendete Tatsachen für die Enteignung und Vertreibung von 2000 Brandenburgern und die Vernichtung Jahrhunderte alter Dörfer in der Lausitz.

Warum behindert diese Strategie die erneuerbaren Energien, obwohl sie doch vordergründig Erleichterungen etwa für den Bau neuer Windparks schafft? Ganz einfach, weil es nichts nützt, wenn wahllos Windparks in die Gegend gestellt werden, die keiner will und die nicht verlässlich zur Energieversorgung beitragen.

Windkraft ist eine faszinierende umweltfreundliche Hochtechnologie aus Deutschland – ihr nachhaltiger Erfolg freilich hängt von den praktischen Rahmenbedingungen ab, unter denen sie sich entfalten kann. Leider findet sich in der Energiestrategie keine Antwort auf die Frage, wie die Ausweisung neuer Windeignungsgebiete durch Mitwirkung von Anwohnern und Kommunen in allgemein akzeptierte Bahnen gelenkt werden kann. Genausowenig bietet sie einen Lösungsansatz für die zentrale ökonomische Herausforderung, durch den Betrieb von flexiblen Reservekraftwerken die schwankenden Einspeisungen aus der Windkraft in eine sichere Versorgungsgröße umzuwandeln.

Sogar die SPD-Fraktion war schonmal weiter, als sie in ihrem Positionspapier vom November 2011 schrieb, "der rasante Ausbau der erneuerbaren Energien, die Verfügbarkeit von effizienten Gaskraftwerken und die Entwicklung von Speichertechnologien und Stromnetzen (werde die) Braunkohle in wenigen Jahrzehnten überflüssig machen." Von Gaskraftwerken, die sich aufgrund ihrer schnellen Regelbarkeit hervorragend zur Ergänzung des Windstroms eignen, ist in der Energiestrategie allerdings keine Rede mehr. Statt dessen sollen die noch ganz am Anfang der Erforschung stehenden Speichertechnologien bis 2020 für den großtechnischen Einsatz bereit sein, anderenfalls tritt Plan B in Kraft, und zwar B wie Braunkohle.

Bis 2015 wollen Platzeck und Christoffers deshalb die Braunkohleverfahren Jänschwalde-Nord und Welzow-Süd abschließen, nach denen die Dörfer Atterwasch, Grabko, Kerkwitz, Proschim und Teile von Welzow von der Landkarte verschwinden würden. Dabei geht es wohlgernekt noch nicht um die Genehmigung der Tagebaue, die Vattenfall völlig unabhängig von den Verfahren selbst beantragen muss. Das Ergebnis der Braunkohleverfahren sind völlig überflüssige Raumordnungspläne, deren einziger Zweck darin besteht, dem Unternehmen schon jetzt Ansprüche auf die Braunkohle bis 2070 zu sichern.

Als Begründung wird ganz offen gesagt, Brandenburg müsse Energie exportieren. Nicht dem Allgemeinwohl, nicht der Versorgung der Bevölkerung in Brandenburg und Berlin dient also diese Strategie, sondern den Verkaufsinteressen eines ausländischen Konzerns, seiner Manager und Gewerkschaftsbosse. Sie bekommen ein Stück Brandenburg zu ihrer freien Verfügung – nicht einmal für den Rohstoff Braunkohle und das abgepumpte Grundwasser müssen sie bezahlen. Zurück bleiben wüste Geröllhalden, die auch nach einer "Rekultivierung" keine nennenswerten land- und forstwirtschaftlichen Erträge bringen, und tote Restseen, an denen der erhoffte Tourismus bislang jedenfalls ausgeblieben ist.

Die Braunkohle sei notwendig als Brückentechnologie in das Zeitalter der erneuerbaren Energien, verschleiern Platzeck und Christoffers ihre wirklichen Ziele. Ein interessantes Bild. Ich mag histo-

rische Bauwerke und habe kein Problem damit, wenn eine Brücke alt und dreckig ist. Mir kommen aber Zweifel, wenn ich das Ende der Brücke nicht sehen kann. Nach der vorgelegten Energiestrategie werden, wenn überhaupt, dann meine Kinder einmal als Greise das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen. Solche Pläne noch als "ambitioniert" zu bezeichnen, wie der Pressemitteilung der Landesregierung zu entnehmen war, geht eigentlich nur unter dem Einfluss von Drogen.

Ein verträglicher Mix aus Wind, Sonne, Biomasse und Erdwärme, dazu Gas als Brücke bis die Speicher soweit sind, und darauf abgestimmt eine Rückführung der Braunkohle bis 2030 – selbst das würde ich nicht ambitioniert nennen. Aber es wären pragmatische Schritte, um die deutsche Energiewende auch in Brandenburg umzusetzen. Was die Landesregierung dagegen vorgelegt hat, ist eine Energiewende-Verhinderungsstrategie, eine Schande für unser Land und unverantwortlich vor allem gegenüber den Menschen in der Lausitz.

Mit dem von der Landesregierung in den Landtag eingebrachten Entwurf für eine Naturschutzrecht-Novelle droht neues Ungemach. Auf Vorschlag der CDU wurde der Bauernbund bei einer Anhörung im Landtag als Experte gehört. Unsere Pressemitteilung ist nachfolgend abgedruckt, die ausführliche Stellungnahme schickt die Geschäftsstelle auf Bestellung gern zu, Telefon 038791-80200. In der Naturschutzrecht-Novelle, der Wasserrahmenrichtlinie und der ungehinderten Ausbreitung von Wolf und Biber sehen wir Angriffe auf die Landwirtschaft, die nicht hinnehmbar sind.



Dies haben wir auch bei einem Besuch von Benjamin Raschke, Landesvorsitzender der Bündnisgrünen, im Mai auf dem Hof von Reinhard Jung in Lennewitz deutlich gemacht. Raschke zeigte sich beeindruckt von der Landwirtschaft in der Prignitz (u. a. die größte Gentechnikfreie Region Deutschlands) und versprach, die Bedenken des Bauernbundes gegenüber weiteren Bewirtschaftungsauflagen in seiner Partei zur Sprache zu bringen, um programmatisch einen vernünftigen Ausgleich zwischen Landwirtschaft und Naturschutz zu erreichen.

Foto: Dorothea von Dahlen, MAZ

Naturschutzrecht-Novelle: Bauernbund Brandenburg sieht Enteignungen und Bürokratenwillkür

Pressemitteilung vom 28. März 2012

Der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, hat den Entwurf der Landesregierung für die Novelle des Brandenburgischen Naturschutzrechts scharf kritisiert. Anlässlich einer heute im Landtag stattfindenden Anhörung erklärte Vorstandsmitglied Manfred Wercham, Landwirt aus Wilhelmsaue im Oderland, die geplanten Änderungen würden auf "Enteignungen und Bürokratenwillkür gegen die Landwirtschaft" hinauslaufen.

Besonders stört die Bauern das für Vogelschutzgebiete auf etwa einem Viertel der Landesfläche vorgesehene Entwässerungsverbot in Kombination mit einer über das Bundesnaturschutzgesetz hinausgehenden Regelung, nach der Feuchtwiesen unter Schutz gestellt und aus der Nutzung genommen werden können. "Damit schaffen sich die Behörden ihre Biotope selber", kritisiert

Wercham: "Das gesamte Dauergrünland, das bisher über freiwillige Förderprogramme extensiv bewirtschaftet wird, könnte uns auf diese Weise weggenommen werden."

Bei den Vogelschutzgebieten würden darüber hinaus widersprüchliche Erhaltungsziele der Willkür der Behörden Tür und Tor öffnen. So seien in demselben Konzept eine durch Hecken strukturierte Agrarlandschaft und eine offene, weiträumige Landschaft gefordert, merkt Wercham an: "Was wann wo gilt, hängt vermutlich von der Laune des Sachbearbeiters ab." Der Bauernbund verlange deshalb eine Rücknahme aller gegen die Landwirtschaft gerichteten Änderungen.

Bauernbund Brandenburg bezeichnet Pferdesteuer als Abzocke Pressemitteilung vom 22. Mai 2012

Der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, hat die vom Städte- und Gemeindebund geplante Pferdesteuer als "Abzocke der Landbevölkerung" bezeichnet. Die Steuer sei nicht sachgerecht und diene ausschließlich der Sanierung der maroden Kommunal Finanzen, kritisierte Bauernbund-Vorstandsmitglied Lutz-Uwe Kahn. Die als Begründung angeführten Wegeschäden durch Pferde hält der Nebenerwerbslandwirt aus Kleßen im Havelland für vernachlässigbar im Vergleich zu den Schäden, die etwa die großen Holz- oder Biogastransporter anrichten. Zudem würde ein Großteil der Pferde die Wege überhaupt nicht benutzen, sondern auf der eigenen Koppel gehalten. "Die Reiterhöfe wiederum leisten durch die Gewerbesteuer bereits ihren Beitrag zu den kommunalen Haushalten", so Kahn weiter: "Damit entfallen die vom Städte- und Gemeindebund angegebenen Gründe – was bleibt ist die reine Geldgier der Kommunen, gegen die sich alle Dorfbewohner zur Wehr setzen sollten."

Biogas darf nicht die einzige Option der Biomassenutzung sein Redebeitrag des Vizepräsidenten Bringfried Wolter auf der Veranstaltung der Bündnisgrünen "Vielfalt statt Monokulturen" am 5. Juni in Potsdam

Liebe Sabine Niels, meine sehr geehrten Damen und Herren!

ich freue mich, dass Sie mich eingeladen haben, hier die Position des Bauernbundes zur energetischen Verwertung von Biomasse deutlich zu machen. Eine Zusammenarbeit mit den Bündnisgrünen auf diesem Gebiet, zumindest ein gegenseitiges Verstehen, ist mir umso wichtiger, als wir ja in unserem Bündnis Heimat und Zukunft gemeinsam gegen eine verheerende Energiepolitik der Landesregierung stehen, die Sie, Frau Ministerin Tack, vielleicht so nicht wollen, aber als Mitglied der Landesregierung mittragen und damit auch mitzuverantworten haben.

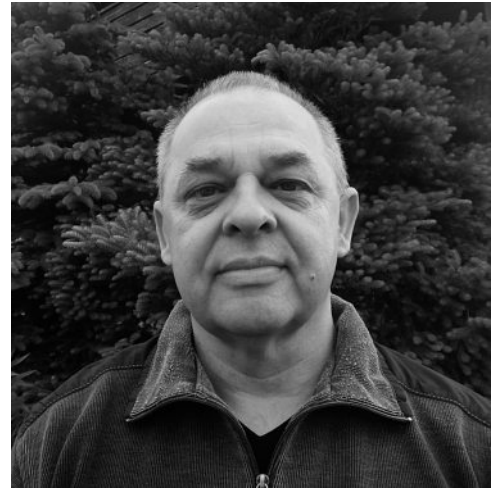
Auf der Einladungskarte ist ein Bild, das man auf unterschiedliche Weise interpretieren kann. So wie es aufgenommen ist und kommentiert wird, soll es wohl bedrohlich wirken. Für mich als Landwirt ist es erstmal ein schöner Maisbestand, und weil ich zudem Jäger bin, verspüre ich bei dem Anblick auch noch Lust, auf die Wildschweine anzusitzen, die sich an dem Mais sicherlich gütlich tun. Das ist garnicht so einfach, denn das Klischee vom dummen Schwein ist selbst dumm, weil falsch. Schweine sind viel klüger als z. B. Hunde. Aber das ist ein anderes Thema.

Im nächsten Jahr könnte auf diesem Schlag Roggen stehen, im Jahr darauf Raps. Maisanbau an sich ist nichts Schlechtes und selbst nach vielen Jahren Mais-Monokultur wären die Böden noch in einem weitaus besserem Zustand als die riesigen Geröllhalden, die uns die Herren Platzeck und Christoffers in der Lausitz hinterlassen wollen.

Aus Sicht des Berufsstandes möchte ich daher in zwölf Thesen einige grundsätzliche Positionen zur Biomassenutzung und zu deren politischen Rahmenbedingungen formulieren:

1. Energetische Verwertung von Biomasse gab es schon immer. Vor hundert, zweihundert Jahren beanspruchte das Futter für die Zugkraft der Pferde in der Landwirtschaft und in der übrigen Wirtschaft deutlich mehr als zehn Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Das war viel mehr als heute!

2. Die Diskussion „Tank oder Teller“ gab es damals aber nicht. Denn keiner kam auf die absurde Idee, der Bauer im Barnim, der Hafer für die Pferdedroschken in Berlin verkaufte, wäre schuld am Hunger der schlesischen Weber. Der Bauer im Barnim musste vom Verkauf seiner Erträge leben und wer am Hunger der schlesischen Weber schuld war, das wussten diese am besten, deshalb gab es auch den Weberaufstand.



Bringfried Wolter, Vizepräsident

3. Die Diskussion Monokulturen gab es damals ebenso nicht, sondern der Hafer wurde ganz einfach in die Fruchtfolge eingepasst und Grünland gab es ohnehin. Und keiner, der Ahnung von der landwirtschaftlichen Praxis hatte, hätte sich vorstellen können, dass es aufgrund der modernen Chemie einmal möglich und überhaupt ökonomisch sinnvoll sein kann, auf dem Acker immer dieselbe Fruchtart anzubauen. Ebenfalls völlig absurd.

4. Wenn wir heute über soziale und ökologische Folgen der Biomasse reden, ist das also eine Phantomdiskussion. Es gibt soziale Ungerechtigkeiten auf der Welt und sogar in unserem Land (allerdings auf hohem Niveau) und es gibt ökologisch fragwürdige Segnungen der Chemie, die gewisse ebenfalls fragwürdige, jedenfalls für eine ordentliche Landwirtschaft nicht unbedingt erforderliche Produktionsmethoden ermöglichen. Darauf kann man politisch reagieren oder auch nicht, aber es hat nichts mit Biomasse zu tun.

5. Der Bauernbund begrüßt, dass die energetische Verwertung von Biomasse eine steigende Bedeutung gewonnen hat. Allerdings sind die Landwirte damit keine Energiewirte geworden – seltsame Wortschöpfung: Landwirt bleibt Landwirt, egal was er selbst oder andere aus der von ihm erzeugten Biomasse machen. Aber durch die Rückbesinnung auf die Möglichkeit der energetischen Verwertung haben die katastrophal niedrigen Lebensmittelpreise Anschluss an die Energiepreise erhalten – und zeigen damit nach oben.

6. Wie gesagt, dadurch gibt es keine sozialen Verwerfungen: Einerseits sind die Landwirte keine Ölscheichs geworden, wie Renate Künast prophezeit hat, sondern haben höchstens etwas größere Spielräume gewonnen beim Verkauf, wobei ebenfalls steigende Einkaufspreise sowie steigende Pachten die Gewinnmöglichkeiten begrenzen. Ebenso sind die Verbraucher dadurch nicht ärmer geworden, zumal die energetische Verwertung von Biomasse – in demselben Maße wie Lebensmittel teurer werden – als Kostenbremse bei den Energiepreisen wirkt (jedenfalls wenn es funktionierende Märkte gäbe, über die Monopole von Vattenfall und Konsorten reden wir heute nicht).

7. Der Bauernbund begrüßt die Energiewende, weg von den dreckigen Großkraftwerken, hin zu einer regenerativen dezentralen Energieerzeugung. Über Biomasse sowie über die Standorte von Windmühlen und Solaranlagen hat die Landwirtschaft ihren Anteil daran. Dabei sollte der Beitrag der Biomasse nicht überschätzt werden, da er ganz natürlich begrenzt wird durch die Nachfrage nach Lebensmitteln. Der Verbraucher wird eher auf sehr viele Energieanwendungen verzichten als seinen Ernährungsstandard runterzuschrauben.

8. Wenn wir über Biomassepolitik sprechen, dann geht es mithin nicht um grundsätzliche Fragen, sondern um die Stellschrauben, mit denen staatlicherseits in diese Märkte eingegriffen wird. Hier

ist als Grundübel anzusehen, dass die Politik einerseits ausschließlich auf Biogas setzt, andererseits beim Biogas selber Fehlentwicklungen ermöglicht.

9. Der Bauernbund fordert deshalb, neben dem Biogas auch andere Verwertungen für Biomasse nicht aus dem Blick zu verlieren. Wir haben bereits 2006 eine Zulassung von Getreide als Regelbrennstoff verlangt. Damals lag der Preis für Brotroggen bei 7 Euro die Dezitonne, als Brennstoff ersetzte dieser fossile Brennstoffträger im Wert von über 20 Euro. Auch wenn sich die Getreidepreise inzwischen deutlich nach oben entwickelt haben: Von allen Verwertungen für Biomasse ist die Getreideverbrennung (nicht Strohverbrennung!) diejenige mit dem höchsten Wirkungsgrad. Trotzdem ist sie bis heute – für mich unverständlicherweise – nur in Ausnahmefällen erlaubt, nämlich nur bis zu einer bestimmten Größenordnung und nur in landwirtschaftlichen oder landwirtschaftsnahen Betrieben.

Kurz gesagt: wenn ich eine bestimmte Energiemenge erzeugen will, dann brauche ich bei der Verwendung von Getreide als Brennstoff weniger Fläche als bei der Erzeugung dieser Energiemenge über Biogas. Es bleibt also mehr Fläche für die Erzeugung von Nahrungsmitteln übrig. Die Politik will das nicht und meint wohl, wir könnten uns das leisten. Oder denken wir einen Schritt weiter – würde Getreide als Regelbrennstoff zugelassen, erhöhte sich gleichzeitig der Preis für Lebensmittel, nämlich auf das Niveau der tatsächlichen Kosten. Die Subventionen für die Landwirtschaft wären nicht mehr nötig und es wäre für jeden ersichtlich, wer eigentlich subventioniert wird, nämlich der Verbraucher. Der Landwirt reicht die erhaltenen Subventionen heute nur durch. Aber das ist auch ein anderes Thema.

10. Zu den anderen, wahrscheinlich ebenfalls effizienteren Verwertungen als Biogas gehören die Biokraftstoffe. Aus unserer Sicht war es ein Fehler, 2007 bis 2009 die Steuerbefreiung für Biokraftstoffe schrittweise zurückzunehmen und damit die Herstellung bzw. Beimischung von Biodiesel (aus Raps) und Ethanol (aus Getreide, Mais und Rüben) wirtschaftlich unattraktiv zu machen. Biokraftstoffe bieten allen Landwirten Chancen, an den neuen Märkten teilzunehmen, während herkömmliche Biogasanlagen oftmals zu örtlichen Wettbewerbsverzerrungen führen. Von den diversen mittelständischen Betrieben, die im Vertrauen auf die Steuerbefreiung in Größenordnungen investiert haben und damit gescheitert sind, ganz zu schweigen. Wirtschaftliche Entscheidungen im Vertrauen auf die Politik zu treffen war halt schon immer höchst riskant.

11. So haben wir heute mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz vor allem ein maßgebliches Regelwerk zur energetischen Verwertung von Biomasse. So sehr wir die Energiewende begrüßen: Bei den unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe von Fukushima übereilten Novellierung des EEG im Jahr 2011 ist ein grundlegender Fehler gemacht worden, der dringend korrigiert werden muss. Im Gegensatz zum alten EEG, das eine nach Anlagengröße (und damit verbundenen degressiven Kostenvorteilen) ausdifferenzierte Vergütungsstruktur kannte, erhalten jetzt Anlagen von 500 bis 5000 KW dieselbe, nur geringfügig unter denen der kleineren Anlagen liegende Vergütung. Anlagen über 500 KW sind aber aufgrund der Höhe des Investitionsvolumens in der Regel nicht mehr in bäuerlicher Hand und damit Einfallstor für Investoren, die Agrarbetriebe übernehmen und dann den benachbarten Agrarbetrieben das Leben schwer machen. Wir brauchen also dringend eine Absenkung der Vergütungssätze über 500 KW bzw. wenn es nach mir ginge, bräuchten wir überhaupt keine Anlagen desselben Betreibers über 500 KW mehr zu fördern, denn angeblich soll die Energiewende ja eine Dezentralisierung bewirken und davon kann man im 5 MW-Bereich nun wirklich nicht mehr sprechen. Gut am neuen EEG sind der Maisdeckel und der Güllebonus.

Nicht wirklich gelöst ist in meinen Augen die Abwärmeproblematik, die letztlich den geringen Wirkungsgrad von Biogas verschuldet. Hier sollte auf jeden Fall weiter geforscht werden. Eine theoretisch bessere Variante ist die Aufbereitung des gewonnenen Biogases auf Erdgasqualität und die direkte Einspeisung in das Erdgasnetz. Ich selbst bin in dieser Sache in der Phase der Informationssammlung und fahre in zwei Wochen mit anderen Landwirten zu einer solchen Anlage, um auch mit den liefernden Landwirten und den Technikern der Anlage zu sprechen. Und die eigentliche Perspektive, und den grossen Vorteil für Biogas sehe ich eher in seiner Speicherfähigkeit.

Das ist in meinen Augen ohnehin die große ungelöste Frage der Energiewende: Wo sollen die Reservekraftwerke stehen, die nur dann angefahren werden, wenn Wind und Sonne nicht ausreichend liefern. Dafür würde sich Biogas hervorragend eignen, aber dafür bräuchte man ökonomische Anreize, die es bislang nicht gibt.

12. Was folgt daraus? Zum einen, dass ich Ihnen leider nichts Neues erzählen kann für die brandenburgischen Handlungsoptionen, denn das EEG wird nunmal in Berlin gemacht. Das sollte uns aber nicht abhalten, dort vorstellig zu werden, schließlich haben wir Brandenburger ja Berlin umzingelt. Zum anderen möchte ich abschließend nochmal auf die Mais-Monokulturen zu sprechen kommen. Sie können das gern über das Greening in der GAP regeln, dass Mais auf nicht mehr als 60 Prozent des Ackers stehen darf. Damit haben unsere Betriebe kein Problem, denn wir können wirtschaften. Und diejenigen, die das nicht oder nicht so gut können, die hier in Brandenburg, auf schwachen Sandböden unter Kontinentalklima, ohne Humusrückfuhr aus der Tierproduktion, Mais nach Mais nach Mais anbauen, bei denen, verlassen Sie sich drauf, wird der Mais jedes Jahr ein bisschen kleiner, bis dann das Land den Wirt wechselt. Die guten Bauern ernten mehr, die schlechten Bauern ernten weniger – manche Dinge regeln sich von selbst, ganz ohne den Staat.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Diebstahlschutz für Maschinen per Mobiltelefon

Immer wieder geschieht es, dass teure Landtechnik gestohlen wird. Dabei gehen die Diebe oft rabiat vor, sodass auch Schloss und Riegel nicht helfen. Die Polizei ist im ländlichen Raum so ausgedünnt, dass Hilfe von dieser Seite eher zufällig kommt. Was bleibt, sind großes Entsetzen, viel Ärger und Existenzängste. Das muss nicht sein, denn es gibt seit einiger Zeit eine preiswerte und effektive Möglichkeit, sein Eigentum zu orten und damit wieder zu bekommen. Es muss dazu nur ein etwa zigarettenschachtel-großes Gerät so in die Maschine eingebaut werden, dass es nicht leicht auffindbar ist. Es sollte mit 12 Volt versorgt werden, kommt aber auch, dank eingebautem Akku, eine Weile ohne Strom aus, falls der Dieb die Batterie der gestohlenen Maschine abklemmt. Die Geräteklasse nennt sich „GPS-Tracker“ und sendet die Koordinaten seines Standortes an eine frei wählbare Handynummer. Der Nutzer kann wählen, ob er bei jeder Bewegung des Gerätes eine SMS mit den Koordinaten bekommt, oder nur, wenn das Gerät einen bestimmten Bereich verlässt, oder nur auf Verlangen. Dazu wird eine SMS an das Gerät geschickt, welches dann antwortet. Während die erste Generation dieser GPS-Tracker auf einen guten Satellitenempfang angewiesen war, können neuere Geräte bei fehlendem GPS Signal auch die Funkzellen des Mobilfunknetzes auswerten. Das funktioniert sogar bei Unterstellung der gestohlenen Maschine in einer Garage, ist dann zwar nicht so genau, sollte aber zur Auffindung reichen.

Ein einfaches Gerät kann man schon ab 50 €, z.B. bei Ebay oder Amazon bekommen. Es gibt mehrere Modelle, z.B. „GT- 280“ von Simvalley. Es gibt auch Modelle, die als Handy nutzbar sind, oder auf Befehl per SMS die Zündung der Maschine unterbrechen. Für jedes Gerät braucht man noch eine Mobilfunkkarte, am besten Prepaid mit automatischer Aufladung. Kosten: ca. 10 € pro Monat. Sicherlich nicht zu teuer. Denn wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.

Zugegeben, die Programmierung ist nicht jedermanns Sache, aber im Zweifelsfalle kann´s der Sohn oder die Enkelin richten! Bei grundsätzlichen Fragen zur Funktionsweise könnt Ihr mich auch gern anrufen unter 033398-7280.

*Eine störungsfreie Ernte
wünscht Bringfried Wolter*